

CDU-News aus dem Bonner Rathaus



WCCB: Es kann endlich weitergebaut werden!

Der SGB-Ausschuss und der Unterausschuss WCCB haben am 28. Januar 2014 einen Meilenstein für den Weiterbau des WCCB gesetzt und rund 45 Millionen Euro freigegeben. Das WCCB-Desaster hat der Stadt Bonn schweren Schaden zugefügt und ist mit erheblichen finanziellen Belastungen verbunden.



Dennoch ist jetzt der Weg für die Fertigstellung des Internationalen Kongresszentrums frei und wir sind zuversichtlich, dass der Betrieb im kommenden Jahr aufgenommen werden kann.

Für den internationalen Standort Bonn und die Erweiterung der UN-Ansiedlungen ist dieser Schritt ungeheuer wichtig. Allen Akteuren, die hieran positiv mitgearbeitet haben ist zu danken. Die CDU-Fraktion hat diesen Prozess intensiv begleitet und die wesentlichen Weichenstellungen gemeinsam mit dem Koalitionspartner getroffen.



CDU-Fraktionsvorsitzender

Dr. Klaus-Peter Gilles: "Mit der Fertigstellung haben wir dann auch eine konzert-taugliche Großhalle, die nicht nur während der Sanierungszeit der

Beethovenhalle 2017 das Beethovenfest beherbergen kann, sondern auch grundsätzlich bessere Vermarktungsmöglichkeiten für die Stadt Bonn bietet."

Mit diesen Voraussetzungen und der Einbindung des ehemaligen Plenarsaales des Bundestages bietet dieses Kongressangebot ein Alleinstellungsmerkmal in Europa und kann auf eine positive Zukunft blicken. Bleibt die Hoffnung, dass auch der Hotelverkauf zu einem positiven Ergebnis führt.

Novum: Ratssitzung in der Kantine

Die gestrige Ratssitzung musste aufgrund eines Wasserschadens, der während der Sanierung des darüber liegenden Flachdaches aufgetretenen war, kurzerhand im hinteren Bereich der Stadthauskantine stattfinden.



Unsere Themen:

- > Weiterbau WCCB
- > SWB: Parteibuchpolitik der SPD muss aufhören
- > Durchbruch Festspielhaus
- > Inklusive Klassen: Verteilung auf alle Schulformen
- > Verwaltung verursacht Stillstand im Römerbad



Axel Voss - Ihr Bonner Europa-abgeordneter



- CDU Presseforum
- CDU Termine
- CDU Ratsarbeit
- CDU Programm
- CDU Fraktionsvorstand

SWB: Parteibuchpolitik der SPD muss aufhören!



Faktisch klagt die SPD gegen den eigenen OB

Die Bonner Ratskoalition hat die Ankündigung der SPD gegen den Ratsbeschluss zur Abberufung von Werner Esser Organklage zu erheben mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen. Zuvor hatte Oberbürgermeister Nimptsch seine Beanstandung zurückgenommen, nachdem ihn seine Parteifreundin Regierungspräsidentin Gisela Walsken klar gemacht hatte, dass sie seiner Beanstandung zurückweisen werde.

„Die Ausmaß der Realitätsverweigerung ist bei der SPD offenbar noch etwas stärker ausgeprägt, als bei ihrem Oberbürgermeister“, sagten **Georg Fenninger (CDU—Bild links)** und **Peter Finger (GRÜNE)**.



„Nachdem der OB einsehen musste, dass ihm diesmal selbst seine Parteifreundin Regierungspräsidentin Gisela Walsken in seiner kreativen Rechtsauslegung nicht mehr folgen wollte, tut sich nun seine SPD schwer damit, sich von ihrer gewohnten Parteibuchpolitik zu verabschieden. Tatsache bleibt, dass Esser und der OB im Aufsichtsrat gegen den Beschluss der Rates votiert haben, die neue Chefposition bei der SWB auszu-schreiben, um Heinz-Jürgen Reining (SPD) für den Job ohne lästige Konkurrenz für den Posten durchzusetzen. Die Abberufung von Esser war daher nur folgerichtig, rechtmäßig und politisch geboten. Die Stadtwerke sind zwar ein Versorgungsbetrieb, aber mit der Versorgung von verdienten Parteigenossen ist definitiv Schluss.“

Mit ihrer Organklage verklagt die SPD nicht nur den Rat, sondern faktisch auch den eigenen OB.

Durchbruch beim Festspielhaus

Die Deutsche Post DHL hat vorgeschlagen, dass als Alternative zum bisher diskutierten Standort in der Rheinaue als zusätzliche Option nun ein Erweiterungsbau der denkmalgeschützten Beethovenhalle geprüft werden soll. Darüber informierte der Oberbürgermeister gestern vor der Ratssitzung die Fraktionsvorsitzenden. Der Bonner Stadtrat stimmte dem neuen Vorschlag zu.

Fraktionsvorsitzender Dr. Klaus-Peter Gilles: "Wir freuen uns über dieses klare Bekenntnis der Post zum Projekt. Das ist die Chance, ein Projekt umzusetzen, das wir in Anpassung an die Realitäten befürworten. Die CDU geht davon aus, dass die Prüfungen zügig angegangen werden."



Mit einem Änderungsantrag reagiert die schwarz-grüne Koalition auf die Proteste von Schulen bezüglich der künftigen Klassenfrequenzen in integrativen Klassen. Hatte die Verwaltung in ihrer ersten Stellungnahme die Anzahl der Schülerinnen und Schüler auf 28 festlegen wollen, so musste sie in ihrer 2. Stellungnahme auf 27 gehen, da es inzwischen einen entsprechenden Erlass des Schulministeriums gibt.

Allerdings besteht weiterhin das Problem, dass in erster Linie die Gesamtschulen und die Hauptschulen Kinder mit Behinderung aufnehmen, während die Bonner Gymnasien sich fast nicht der Inklusion öffnen. Deshalb fordern CDU und Grüne die Schulaufsicht auf, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, die Kinder, die nicht auf die vorhandenen sonderpädagogischen Plätze verteilt werden können, vor allem auf die Schulen zu verteilen, die bisher die durchschnittliche Besetzung von 2 Kindern pro Klasse in der jeweiligen Jahrgangsstufe nicht erfüllen.

Die Sprecherin der Grünen Ratsfraktion **Doro Paß-Weingartz** und der **schulpolitische Sprecher der CDU Martin Berg**: „Es kann nicht angehen, dass die Zwangszuteilung sich nur auf Gesamtschulen, Hauptschulen und Realschulen erstreckt. Die Bonner Gymnasien müssen sich für Kinder mit Behinderung öffnen, damit der Rechtsanspruch auf einen Regelschulplatz adäquat erfüllt werden kann.“

Außerdem regt die Koalition an, dass die Schulaufsicht in Zusammenarbeit mit dem kommunalen Schulträger eine sinnvolle und gerechte Lösung finden soll, dass Schulen, die die Zahl von 2 Kindern pro Klasse in der jeweiligen Jahrgangsstufe überschreiten, weitere Stellenanteile erhalten sollten, um die zusätzlichen Aufwände auszugleichen. Es wäre zweckdienlich und gerecht, wenn diese Stellenanteile von Schulen abgegeben würden, die den Anteil von 2 Kindern mit sonderpädagogischen Förderbedarf pro Klasse in der jeweiligen Jahrgangsstufe nicht aufnehmen.

Stillstand im Römerbad durch Verwaltung!

Zu der am 27. Januar 2014 veröffentlichten Mitteilung des Sport- und Bäderamts, dass der fest zugesagte und dringend nötige Neubau des geschlossenen Kinderbeckens im Römerbad nicht pünktlich bis zum Beginn der diesjährigen Freibadsaison realisiert werden kann, sondern erneut um ein Jahr geschoben werden soll, kritisieren **Rolf Beu (sportpolitischer Sprecher, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)** und **Willi Härling (Sportausschussvorsitzender, CDU)**:

„CDU und GRÜNE haben die Stadtspitze immer auf die Wichtigkeit und Eilbedürftigkeit der Maßnahme für die Menschen im Bonner Norden hingewiesen und die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Sowohl das Sport- und Bäderamt als auch der zuständige Dezernent haben uns im Herbst 2013 versprochen und auf mehrfache Nachfrage ausdrücklich versichert, dass der Neubau des dringend benötigten Kinderbeckens im Römerbad auf jeden Fall bis zum Mai 2014 abgeschlossen sein wird.“

Umso mehr entsetzt sind wir nun von dieser katastrophalen neuen Mitteilung. Leider macht es sich Stadtverwaltung nun viel zu einfach. Statt nach den vielen Versprechungen nun einfach mit „geht nicht, klappt nicht“ zu kommen, hätten wir uns eher eine Nennung der Gründe, vor allem aber einen Lösungsvorschlag zum Wohle der Kinder und zum Wohle der vielen Badegäste im Römerbad erwartet.

Es entsteht die Vermutung, dass OB Nimptsch (SPD) lieber eine Eröffnung im Jahr der Oberbürgermeisterwahl hätte. Nur so ist die späte Mitteilungsvorlage seiner Verwaltung verständlich.“





Sind Ihnen die Namen der Bonner CDU-Stadträte bekannt?

Oder kennen Sie gar ihre Gesichter?

Als Stadträte beraten wir Woche für Woche wichtige Fragen, die unter anderem die Zukunft der Bundesstadt Bonn gestalten sollen. Auch Sie als Bürger sind hiervon betroffen. Wir wollen deshalb ganz bewusst den Menschen hinter dem politischen Ehrenamt mit seinen individuellen Fähigkeiten und Interessen zeigen, damit Sie sich ein "Bild" machen können.

Die CDU-Fraktion im Rat der Bundesstadt Bonn ist mit **27 Ratsmitgliedern die stärkste Fraktion**. Wir sind bei unserer kommunalpolitischen Arbeit für Bonn auf Ihr Mitwirken angewiesen, damit wir unsere christdemokratischen Vorstellungen verwirklichen können. Und dies immer zum Wohle der Bonner Bürgerinnen und Bürger.

Lernen Sie uns online kennen!

CDU-Ratsfraktion Bonn



Altes Rathaus am Markt
53111 Bonn
Tel.: 0228 77 3810
Fax: 0228 77 2047

Internet:
www.cduratsfraktion-bonn.de
E-Mail:
cdu.ratsfraktion@bonn.de



Impressum und weitere Informationen

Sie können unseren CDU-Newsletter [hier jederzeit wieder abbestellen](#).

Besuchen Sie auch unser Internetangebot unter www.cduratsfraktion-bonn.de

Dort finden Sie u. a. auch alle Informationen zur CDU-Ratsfraktion Bonn und Ihre CDU-Mitglieder.

Sie finden auch thematische Aussagen zu vielen kommunalpolitischen Themen in Bonn.

Wir freuen uns auf ihren Besuch!

Verantwortlich:

Georg Fenninger,
Fraktionsgeschäftsführer

Redaktion:

Ulrich Fromm,
Fraktionsreferent
und Webmaster

